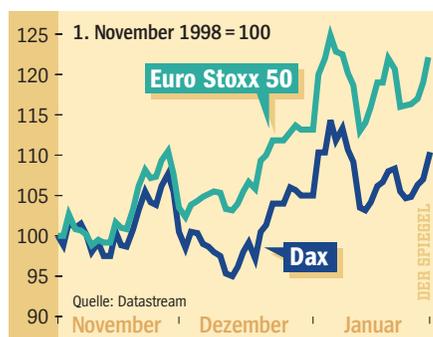


BÖRSE

Dax hinkt hinterher

Schon seit November läuft der Euro Stoxx 50, das Börsenbarometer der größten Aktienwerte im Euroland, dem Dax davon. Seit Einführung des Euro zum 1. Januar legte der europäische Index weiter zu – um 6,1 Prozent (Dax: 3,3). Derzeit fließt enormes Geld nach Europa – direkt in den Euro Stoxx. Gerade US-Großanleger und Pensionsfonds sähen es nicht mehr ein, „auf jedes Dorf zu gehen und ein Research aufzubauen“, sagt Christian Lindenberg, Leiter des Wertpapierbereichs der Privatbank Bethmann: „Die investieren lieber gleich in den Euro Stoxx.“ Auch viele einheimische Fondsmanager und Kleinanleger schichten ihre Depots auf die großen europäischen Werte um. Ganz vorn im europäischen Index, und entsprechend teuer, sind im Januar Telekommunikations-



werte wie Deutsche Telekom (plus 42,8 Prozent) und Nokia (22,8). Die Bethmann-Bank empfiehlt dagegen Pharmawerte, die sich zuletzt schwächer entwickelten. So blieb die französische Rhône-Poulenc im Januar mit plus 8,5 Prozent hinter den Spitzenreitern zurück.



Bankenzentrum in Frankfurt

P. LANGROCK / ZENIT

SPEKULATIONSTEUER

„Fiskalisches Raubrittertum“

Im Zuge der geplanten Steuerreform droht der Bundesregierung ein Veto aus den eigenen Reihen. Die rot-grüne Landesregierung in Hessen drängt in Bonn massiv darauf, die geplante Besteuerung der Spekulationsgewinne von Investmentfonds zu kippen. Notfalls will sie mit einer Bundesratsinitiative verhindern, daß die Fonds den Kleinanlegern gleichgestellt werden – und die Gewinne von Wertpapieren versteuert werden müssen, wenn zwischen Kauf und Verkauf weniger als ein Jahr liegt. Nach Ansicht des Heidelberger Steuerrechtsprofessors Manfred Rose ist die von Finanzminister Oskar Lafontaine angestrebte Regelung „absolut verfassungswidrig“. Denn beim Einstieg in einen Fonds müßten Anleger

möglicherweise dessen steuerliche Verluste voll mittragen, obwohl sie an der zugrundeliegenden Wertsteigerung überhaupt nicht partizipiert hätten. Darin sieht er „fiskalisches Raubrittertum“. Anleger, die ihre Fondsanteile binnen eines Jahres wieder verkaufen, müßten zudem auf eventuell bereits besteuerten Gewinn des Fonds nochmals die Spekulationsteuer zahlen. Hessens Regierung fürchtet vor allem Wettbewerbsnachteile deutscher Fondsgesellschaften – und deren Abwanderung ins Ausland. Gegen eine Ausnahmeregelung für die Fonds kämpft die Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre. Sie hält es für „ungerecht“, wenn nur Kleinanleger die Spekulationsteuer zahlen müssen.

ANLEIHEN

Handel mit der Inflation

Anleger können innerhalb der Europäischen Währungsunion erstmals auf die Teuerungsrate spekulieren – mit einer sogenannten inflationsindexierten französischen Staatsanleihe. Bei dem auch in Deutschland gehandelten Papier wird sowohl zum dreiprozentigen Jahreszins als auch zum Rückzahlungsbetrag ein Ausgleich für die Inflation addiert, die in Deutschland und Frankreich inzwischen fast identisch ist. Steigen die Verbraucherpreise, steigt auch der Kurs der Anleihe – und umgekehrt. Der Nennwert ist jedoch auch im Falle einer Deflation garantiert. Georg

Schuh, Rentenanalytist bei der Deutschen Bank, glaubt, daß die Teuerungsrate nun in etwa am Tiefpunkt ange-

kommen ist. Er empfiehlt das Papier zum Kauf. Die Anleihe eigne sich auch für konservative Anleger, die eine steigende Inflation fürchten – oder bei der Rückzahlung der Anleihe im Jahr 2009 das Rentenalter erreicht haben. Denn der Fiskus behandelt den Inflationsausgleich auf den Rückzahlungswert der Anleihe wie einen Zinsertrag. Dadurch müssen berufstätige Anleger, die bei der Rückzahlung des Papiers das Rentenalter erreicht haben, infolge der dann niedrigeren Besteuerung deutlich weniger von ihrem Gewinn abführen. Schuh erwartet, daß auch andere europäische Staaten künftig derartige Anleihen auflagen.

